

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	423
		TOP:	15
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.11.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Nachhaltige Strukturen für Lebensmittelwertschätzung in Stuttgart etablieren - Antrag Nr. 82/2021 vom 25.02.2021 (PULS)		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

In seiner Berichterstattung werden von Herrn Pfeiffer (OB/82) die Inhalte der zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentation ausführlich dargestellt. Diese Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Anschließend wird der Antrag von StRin Hübsch (PULS) begründet. Sie betont dabei, es werde kein Grund dafür gesehen, heute nicht über die Motivationserklärung, Antragsziffer 1, abzustimmen. Das weitere Vorgehen könnte dann im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) abgestimmt werden.

Für ihre Fraktionen/Fraktionsgemeinschaften schließen sich StR Roth (90/GRÜNE), StR Dr. Reiners (CDU), StRin Meergans (SPD), StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StRin Yüksel (FDP), StRin von Stein (FW) und StR Ebel (AfD) der Antragsintention, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, an. StRin von Stein äußert die Hoffnung, dass sich die Vernichtung von Lebensmitteln im privaten Bereich durch die aktuellen Preissteigerungen reduziert.

Zudem problematisiert sie, dass es ihrer Kenntnis nach aufgrund der Vorschriften des Gesundheitsamtes untersagt ist, bei Veranstaltungen nicht verbrauchte Lebensmittel weiterzugeben. Bezug nimmt sie auf Aussagen des Personals der Rathauskantine. Das Gesundheitsamt müsse bei einer weiteren Beratung erklären, wie mehr Foodsharing ermöglicht werden könne.

StR Roth und StR Ebel sprechen sich dafür aus, heute auch über die Antragsziffer 1 abzustimmen. Für die CDU-Gemeinderatsfraktion beantragt StR Dr. Reiners, die Thematik im Unterausschuss (UA) VA Essensversorgung zu beraten. Da dieser UA nur zweimal jährlich tagt, warnt StRin Meergans, so vorzugehen. Sie spricht sich, wie StR Urbat, zwar für eine zügige Entscheidung aus, allerdings in einer strukturierteren Form. Ihr liege beispielsweise die Motivationserklärung im Wortlaut nicht vor. Von ihr wird angeregt, einerseits Gespräche der Verwaltung mit der Foodsharing-Regionalgruppe zu führen, mit dem Ziel "foodsharing-Stadt" zu werden. Vielleicht könne ja auch eine strukturiertere Art und Weise der Beschlussfassung mit hinterlegter Erklärung vorgelegt werden. Sie sieht eine Zuständigkeit des AKU, während StRin Yüksel und StRin von Stein den UA VA Essensversorgung als zuständigen Fachausschuss ansehen. Für das letztgenannte Ratsmitglied bestehen noch Unklarheiten, wie z. B., welche fünf der 19 foodsharing-Stadt-Kriterien durch die LHS nicht erfüllt werden, und mit welchen Wechselwirkungen für die Tafelläden gerechnet werden muss.

StR Roth und StRin Yüksel fragen nach, ob es bereits eine Zusammenstellung existiert, welche Maßnahmen die Stadt z. B. in ihren Kantinen bereits ergriffen hat, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Zudem möchte StR Roth wissen, ob für eine diesbezügliche Berichterstattung im AKU bereits ein Zeitplan besteht. Konkret wird von StRin Meergans nachgefragt, was mit den überschüssigen Lebensmitteln (z. B. Brezeln) geschieht, die im Rathaus anfallen.

Zusammenfassend erklärt der Erste Bürgermeister, da die Motivationserklärung einzelnen Ausschussmitgliedern nicht bekannt ist, und Ausschussmitglieder den Wunsch hätten, die Thematik nochmals zu behandeln, stelle sich die Frage, ob dem Vorschlag von StRin Meergans gefolgt werden könne:

- Die Antragsziffer 2 wird dahingehend modifiziert, dass Kontakte mit dem Ziel des Beitritts aufgenommen werden.
- Die Entscheidung über die Antragsziffer 1 wird zurückgestellt.

Offen wäre dann noch die Frage, in welchem Gremium die Weiterbehandlung stattfinden solle. Da die nächste Sitzung des UA VA Essensversorgung erst am 08.03.2023 stattfindet, regt er eine Behandlung in einer der nächsten Sitzung des AKU an. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Abschließend stellt EBM Dr. Mayer fest:

- Der Verwaltungsausschuss tritt einmütig bei 1 Stimmenthaltung der modifizierten Antragsziffer 2 (Gespräche werden mit dem Ziel eines Beitritts aufgenommen) bei.
- Gegen die Zurückstellung der Antragsziffer 1 und deren Weiterbehandlung im AKU ergeben sich keine Einwendungen.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. OB/82
zur Weiterbehandlung
S/OB
zur Weiterbehandlung
Klimaschutz
wegen AKU

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. *Referat SI*
Gesundheitsamt
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand